

Nachdem Abg. Eichner zunächst komprimiert die Hintergründe für den Antrag seiner Fraktion dargestellt hatte, ging er auf die Beschlussvorlage der Verwaltung ein. Er betonte, dass er die darin dargestellte Sichtweise der Verwaltung keinesfalls teilen könne. Die Zielgruppe, die von dem Projekt „Stromsparcheck“ profitiere, bestehe aus Menschen, die erfahrungsgemäß eben nicht die Beratungsangebote der Verbraucherzentralen im Kreisgebiet nutzten. Der große Vorteil des vom SKM bereits in Siegburg und Troisdorf durchgeführten Projektes läge darin, dass zum Einen Arbeitslose in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung überführt werden könnten und zum Anderen die Zielgruppe des Projektes unmittelbar angesprochen und eine Energieberatung vor Ort durchgeführt werden könne. Dass es sich um ein sinnvolles Projekt handele, zeigten nicht zuletzt auch die Fördermaßnahmen des Bundesumweltministeriums.

Daraufhin sprach sich Abg. Hurnik dafür aus, den Beschussentwurf um einen Auftrag an die Verwaltung zu erweitern. Die Verwaltung möge Gespräche mit den regionalen Energieversorgern, wie Rhenag, den Stadtwerken Troisdorf etc., suchen und ergründen, ob die dort vorhandenen Ressourcen in der Energieberatung für eine fachkompetente Unterstützung des SKM nutzbar gemacht werden könnten. Die Energieversorger seien finanziell besser aufgestellt als der Rhein-Sieg-Kreis, der für ein solches Projekt derzeit keine Mittel zur Verfügung habe.

SkE Klippel appellierte an den Ausschuss, über die Anstrengungen der Verwaltung hinaus auch von Seiten der Politik Einfluss über die Mitgliedschaft in den Gremien der Energieversorger geltend zu machen.

Im Anschluss an die nachfolgende Diskussion, an der sich die Vorsitzende, Abg. Deussen-Dopstadt, Abg. Eichner und Abg. Hunik beteiligten, bestand Einvernehmen, dass der Antrag nicht aufrecht gehalten werde, sondern dass die Verwaltung beauftragt werden solle, mit den regionalen Energieversorgern wegen einer Beteiligung an den Projektkosten zu verhandeln.